

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschloß
Tageblatt Riesa,
Bernau Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsverwaltung beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen befristlich bestimmte Blatt.

Postfachamt
Dresden 1580
Straßen:
Riesa Nr. 52.

Nr. 25.

Freitag, 30. Januar 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 4 mm hohe Grundschreibzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 69 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraumbenutzend und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Besondere Rabatte erlöschen, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe einzelner Exemplare oder durch den Austrag der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gaehtstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Wiederum Kampf Stimmung im Sächsischen Landtag.

Der sächsische Etat 1930 geht an den Ausschuss. Vizepräsident Kunz (Natsoz.) legt sein Amt nieder. — Minister Richter über Polizeifragen.

11. Dresden, 29. Januar 1931.

Der Landtag führte heute die Staatshilfe zu Ende. Die Tribünen sind gefüllt. Zunächst wird über einen Einspruch des Abg. Dönike gegen seinen am Dienstag erfolgten Ausschluß von fünf Sitzungen abgestimmt. Abg. Dönike (N.S.) teilt in einem Schreiben an den Präsidenten mit: Der Abg. Liebmann hat sich nicht mit der Tagesordnung beschäftigt, sondern hat die nationalsozialistische Bewegung und eine Reihe ihrer Führer beschimpft und verurteilt, ohne daß der Präsident eingeschritten wäre. Infolgedessen habe ich zur Selbsthilfe gezwungen (Gelächter links) und die Unwahrheiten Liebmanns zurückgewiesen. — Das Haus beschließt gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten, den Einspruch als unberechtigt zu erklären. — Derselbe verläßt die Nationalsozialisten unter Drohungen gegen die Sozialdemokraten den Saal. Der Abg. Lisch (N.S.) wird vom Präsidenten wegen des Baruff: „Lumpengefindel“ aus dem Sitzungssaal gewiesen.

Anträge von Justizbehörden auf Genehmigung zur Straßensanierung der Abgeordneten Reuner (Komm.) und Dr. Bennede (N.S.) werden einstimmig abgelehnt. Sodann wird die am Dienstag abgebrochene

Etatberatung

fortgesetzt.

Abg. Kasse (Volksn. Reichsn.) wünscht u. a. Aufhebung der sächsischen Befehlsbefugnis in Berlin und bittet die Regierung, ein besonders wachsameres Auge auf verschiedene Vorgänge in der letzten Zeit bei der Polizei zu haben. Die Änderungsanträge zum Etat seien reine Agitationsanträge, um der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Er wünscht aber, daß die jetzige Regierung dem sächsischen Volk noch recht lange erhalten bleibe. Als der Redner in einer Rede gegen die Nationalsozialisten faßt, der Abg. Meyer habe sich in einer öffentlichen Ansprache einer regelhaften Bemerkung bedient, erhält er einen Ordnungsruf.

Abg. Eganow (Soz.) verteidigt die Einbringung der sozialdemokratischen Änderungsanträge damit, daß die Parteien vor der Aufstellung des Etats nicht um ihre Wünsche befragt worden seien. Das Kulturniveau des Volkes dürfe nicht zugunsten der Wohlfahrtsfrage heruntersetzt werden, wie es ein kommunistischer Antrag wolle. Der Redner behauptet, die Änderungsanträge seiner Partei wären bei gutem Willen der Regierung recht wohl durchführbar. Für den nächsten Etat werde seine Fraktion eine Vorlage über Vereinfachungen in der Forstverwaltung fordern. Redner erklärt schließlich, daß seine Freunde einige ihrer Anträge zum Etat zurückziehen, da sie sich durch klärende Rückfragen erledigt hätten.

Präsident Wedel verliest ein an das Präsidium gelangtes Schreiben des Abg. Lisch, worin dieser fragt, weshalb er von der Sitzung ausgeschlossen worden sei. Darauf habe er, der Präsident, zu antworten, daß Abg. Lisch den unzulässigen Ausdruck: „Ihr Lumpengefindel“ gebraucht habe. — In einem weiteren Schreiben teilt der Vizepräsident des Landtags Abg. Kunz (N.S.) mit, daß er wegen der Vorgänge, die sich um die Rede des Abg. Liebmann abgelehnt hätten und wegen des Ausschusses des Abg. Dönike sein Amt als Vizepräsident mit sofortiger Wirkung niederlege. (Bravorufe links.)

Minister des Innern Richter wendet sich gegen die Anschuldigungen des Abg. Liebmann gegen die Regierung und die Polizei und erklärt: Für die oberste Führung wie für alle nachgeordneten Führer der Polizei muß die Verantwortung sein, daß die Polizei jederzeit bereit und fähig ist, nach den Anordnungen der Regierung für Sicherheit, Ruhe und Ordnung im Lande zu sorgen und alle Bestrebungen, die dem Gesetz zuwider die Ordnung oder Befriedigung der gegenwärtigen staatlichen Ordnung zum Ziele haben, unter allen Umständen mit Erfolg zu bekämpfen. Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen wird widerstrebenden Tendenzen entgegengetreten und gegen Elemente, die sich zum Träger solcher Tendenzen machen, vorgegangen werden. Der geschilderten Aufgabe kann allerdings die Polizei in einer Zeit, in der die parteipolitischen Gegensätze sich in besonderer Schärfe und Leidenschaftlichkeit gegenüberstehen, und in der der Kampf der Parteien nicht allenthalben mehr, wie das bei einem Volk, das den Anspruch geltend macht, ein Kulturvolk zu sein, der Fall sein dürfte, ein Kampf mit geistigen Waffen, sondern je länger desto mehr bei einem Teil der Bevölkerung ein Kampf mit Häuten, Biergläsern, Stahlbeinen und noch gefährlicheren Werkzeugen und Waffen geworden ist, m. E. nur dann vollkommen gelöst sein, wenn sie in allen ihren Gliedern fest auf dem Boden der Rechtsordnung steht und objektiv und neutral eingefestigt ist. Jede parteipolitische Betätigung im Dienste der Polizeibeamten schon jetzt durch das Polizeibeamtengesetz streng verboten. Ich werde dieses Verbot erneut einschärfen und darüber hinaus die Weisung ergehen lassen, daß die Polizeibeamten auch außerhalb des Dienstes sich in der Betätigung für politische Parteien strenge Zurückhaltung anfertigen.

Wenn die Polizei ihrer schweren Aufgabe gewachsen sein soll, muß sie über körperlich gutaussehende und disziplinierte Kräfte verfügen, die der Führer fest in der Hand hat. Eine ständige Körper- und Disziplinbildung ist hierzu unerlässliche Voraussetzung. Das Ministerium würde sich schweren Vorwürfen aussetzen, wenn es die Disziplin vernachlässigte. Selbstverständlich muß ein übermäßiger oder ein unangemessener Übungsdiens vermieden werden. Bei Beförderungsbewerbungen ist grundsätzlich die Eignung und Tüchtigkeit der Beamten. Hauptmann Gasse hat jetzt die Majorstelle erhalten, die er bereits seit mehr als zwei Jahren im Ministerium durchaus zufriedenstellend verwaltet. Ich halte ihn für einen Beamten, der absolut verlässlich ist. Ob Gasse der Nationalsozialistischen Partei nahesteht, weiß ich nicht. Ich halte es aber für wenig wahrscheinlich, nachdem gerade diese Partei mich wegen der bevorstehenden Beförderung Gasses schriftlich interpelliert hat. Was die übrigen Beschwerden und die gegen einzelne Beamte vorgebrachten Klagen anlangt, habe ich eine Untersuchung angeordnet. Ob sich Beweismittel ergeben wird, erhebe ich mit einigermaßen zweifelhaft, da in der Vergangenheit Klagen und Beschwerden, die von der gleichen Seite kamen, sich oft als gegenstandslos oder unwesentlich herausstellten haben. (Sehr richtig! rechts.) Ich halte durchaus auf unbefugte Sonderheit und Ineffizienz in der Polizei, wie bei allen mir unterstellten Beamten.

Ich darf mit Freude und Dank feststellen, daß die Polizei trotz härtester Inanspruchnahme und bis in die letzte Zeit hinein fest nach den Weisungen des Ministeriums gehandelt hat, ihrer Aufgabe gewachsen war und allenthalben ihre Pflicht getan hat.

Abg. Voigt (Dsp.) stellt für seine Fraktion nochmals fest, daß sie alle Anträge, die auf materielle Änderungen am vorliegenden Etat abzielen, ablehnen werde. Die Deutsche Volkspartei wolle damit allerdings keine Vorentscheidung treffen. Sie habe zu vielen Etatkapiteln Anregungen und Wünsche, die aber im Zusammenhang mit dem in Kürze dem Landtag vorzuliegenden Haushaltsplan für 1931 ihre Erledigung finden sollen. Es sei ein unhaltbarer Zustand, daß die radikalen Parteien rund 50 Änderungsanträge zum Haushaltsplan eingebracht, aber keinen einzelnen bearbeitet hätten. Ich bitte die Regierung, die in der Zwischenzeit den Entwurf der Reichsregierung, die die deutsche Wirtschaft während der Zeit nachschleift, zu genehmigen, daß die geäußerten Wünsche auf die Herstellung der Ruhe genommen wird. Wenn Sachen mit Recht zum wirtschaftlichen Notstandsgebiet erklärt werden, dürfte sich nicht gleichzeitig ungezügelter Ausleben breitmachen.

Finanzminister Dr. Hedrich wies mit Entschiedenheit die Vorwürfe des Abg. Liebmann zurück, daß die sächsische Regierung nicht genug Initiative bei der Zuteilung von Reichsaufträgen entwickelt habe. Es sei alles geschehen, was habe geschehen können. Allerdings müsse man zugeben, daß die Zuteilung der Reichsaufträge an Sachen noch nicht den Wünschen der Regierung entspreche.

Eine Rede Dr. Krupps von Bohlen u. Halbach

Essen. (Funkspruch.) In der heutigen Generalversammlung der Friedrich Krupp A.-G., in der der Geschäftsabstufung 1929/30 genehmigt wurde, führte der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Dr. Krupp von Bohlen und Halbach, u. a. aus:

Der Kruppische Geschäftsabstufung sei ein Abbild der Sorgen und Ängste des deutschen Wirtschaftslebens, an dem nichts reusiert worden sei. Seit Jahren werde gegen den Grundgedanken verstoßen, daß sozialer Wohlstand nur durch die Wirtschaft und nicht gegen die Wirtschaft erzielt werden, daß er aber niemals vom grünen Tische aus verfügt werden könne. Um Wunschildern Genüge zu tun, seien der deutschen Wirtschaft Kräfte anfernter worden, die sie zu Boden drückten. Der Redner schilderte die Wirkung der staatlichen Lohn-, Sozial- und Steuerpolitik auf das Wirtschaftsleben und erklärte, daß für jeden, der diese Entwicklung verfolgt habe, die deutsche Wirtschaftskrise in ihrer gegenwärtigen Ausdehnung und Schärfe nicht überraschend gekommen sei. Schon vor langer Zeit, betonte Dr. Krupp, habe ich vor dem Gefahrenpunkt gewarnt, wo die Spanne zwischen Selbstkosten und Erlösen gänzlich verschwinden würde, wo weitere Belastungen nur mit Einrissen in die Substanz zu decken wären. An diesem Punkte stehen wir jetzt.

Der Redner wandte sich trotzdem entschieden gegen die Schwarzgelder, Unternehmer und Arbeiter könnten für sich in Anspruch nehmen, in den schweren Jahren der Nachkriegszeit ihre Pflicht getan und manche verzweifelte Situation gemeistert zu haben. Dies berechtige zu der Hoffnung, daß es gelingen werde, aus den Schwierigkeiten auch wieder

Für die Deutschnationalen erklärte Abg. Kaden, daß sie sich den in der letzten Sitzung gemachten Ausführungen des volksparteilichen Abg. Dr. Büniger restlos anschließen; sie würden alle zum Etat eingebrachten Änderungsanträge ablehnen, andererseits aber wünschen, den Antrag Siebert auf en-bloc-Berücksichtigung des Etats anzunehmen. Allen Polizeibeamten sei vollster Dank und Anerkennung auszusprechen und ihnen nach Möglichkeit ihre Lage zu erleichtern, damit die Polizei ein zuverlässiges Instrument in der Hand des Staates bleibe.

Abg. Lippe (Dsp.) kritisierte die wirtschaftspolitischen Anträge der Nationalsozialisten, die ihrem Inhalt nach vollkommen überflüssig seien, und wandte sich dann den Sozialdemokraten zu, die bei ihren Gehaltsentlastungsanträgen den ihnen nahestehenden sächsischen Beamten Dr. Grabnauer in Berlin merkwürdigerweise nicht beachtet hätten.

Ministerpräsident Schlegel beantragte hierauf die Ueberweisung des Etats und der dazu gestellten Änderungsanträge an die Haushaltsausschüsse, da verschiedene dieser Anträge Gesetzesänderungen enthielten.

Präsident Wedel schlug vor, der Bitte der Regierung zu entsprechen und die Abstimmung zum Etat bis nach den Haushaltsauschüßberatungen zu vertagen. Das Haus stimmte diesem Vorschlag zu.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen des Abg. Liebmann (Soz.) richtete Abg. Günther (Wirtschp.) an die Regierung eine Anfrage, in der Bezug genommen wird auf die Rede des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther anlässlich der Einweihung des neuen Reichsbankgebäudes in Dresden. Ministerialdirektor Dr. Scheffler erklärte, daß die Anfrage wahrscheinlich auf ein Mißverständnis der Ausführungen Dr. Luthers zurückzuführen sei. Mit dem Ausdruck „Reparationsverpflichtungen“ seien, wie allgemein üblich, die vertragsmäßigen Tributverpflichtungen gemeint gewesen. Die sächsische Regierung wisse sich mit dem Abg. Günther einig in der Auffassung, daß es sich bei den Leistungen Deutschlands längst nicht mehr um Wiedergutmachungsleistungen, sondern um reine Tribute handle, diese Auffassung einer der wesentlichen Gründe sei, die eine baldige Revision des Young-Plans nötig machten. Das Haus vertagte sich dann auf den 3. Februar.

Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Lisch hat an den Landtagsvorstand ein Schreiben gerichtet, in dem er gegen den Ausschluß aus der Donnerstagssitzung Einspruch erhebt. Im übrigen bestritt Lisch, „Ihr bürgerliches Lumpengefindel“ gerufen zu haben. Mit seinem Ausruf habe er kein Mitglied des Landtags beleidigen wollen, sondern nur seiner Empörung über die Einstellung gewisser Parteien bei der Ablehnung des Einspruches des Abg. Dönike Ausdruck geben wollen. Außerdem habe er die Äußerung erst in der Tür nach dem Verlassen des Saales getan.

herauszukommen. Ohne Opfer auf beiden Seiten kann dies freilich nicht gelingen.

Zwei Kernprobleme harrten besonders dringend der Lösung: Die Selbstkostenfrage und die Arbeitslosigkeit. Um Arbeitslose möglichst rasch wieder in den Produktionsprozess einzugliedern, müßte man versuchen, mit dem bisherigen Aufwand für Gehälter und Löhne mehr Leute zu beschäftigen und auf diesem Wege auch billiger zu produzieren. Dem Unternehmer hieße bei diesem Versuch die Aufgabe zu, für vermehrte Arbeitsgelegenheit durch Ausfüllung von vielleicht zunächst unproduktiven Arbeiten zu sorgen und darüber hinaus das Risiko für den Abgang einer allmählich vermehrten Produktion auf sich zu nehmen. Wenn es gelänge, Arbeit und Kapital in diesem Sinne zu einer opferbereiten Gemeinschaftsarbeit zusammenzuführen, sei ein Anfang gemacht mit der Beseitigung der Schwierigkeiten, die die deutsche Wirtschaft über die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise hinaus erdrücken.

Dr. Krupp schloß mit einem kurzen Überblick über die Lage der deutschen Eisenindustrie und des Bergbaues im neuen Geschäftsjahr. Die Gesellschaft bleibe grundsätzlich auf eine aktive Wirtschaftspolitik eingestellt und werde auch im laufenden Geschäftsjahr diejenigen Arbeiten fortsetzen, die sie zur weiteren Hebung der Qualität und der Wirtschaftlichkeit ihrer Erzeugung für notwendig halte.

Hausfrauen im Reichswirtschaftsrat.

Berlin. (Funkspruch.) Frau Maria Jester-Kaden, die Vorkämpferin des Reichsverbandes deutscher Hausfrauenvereine, ist anstelle von Frau Promer, die ihr Amt niedergelegt hat, in den vorläufigen Reichswirtschaftsrat eingetreten.